

Die wirtschaftliche und politische Situation Kaliningrads im Herbst 1994

Fedorov, Gennadij

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Fedorov, G. (1995). *Die wirtschaftliche und politische Situation Kaliningrads im Herbst 1994*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 3/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45260>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die wirtschaftliche und politische Situation Kaliningrads im Herbst 1994

Zusammenfassung

In den drei Jahren seit der Unabhängigkeit Litauens und der Entstehung der Exklave der Russischen Föderation hat sich die sozioökonomische Situation des Gebiets Kaliningrad laufend verschlechtert - so die Bestandsaufnahme des zeitweiligen Beraters der Gebietsadministration und Rektors der Universität Kaliningrad, Gennadij Fjodorow. Die Isolierung des Territoriums von Rußland und vom Westen Europas konnte ungeachtet der Entwicklung verschiedener Entwicklungsstrategien (freie Wirtschaftszone u.a.) von der Gebietsadministration in ihrer Wirkung kaum gemildert werden. Die Produktionsrückgänge stellen sich in Kaliningrad noch dramatischer dar als in der übrigen Russischen Föderation; dazu kommen politische Verunsicherungen. Außer Findigkeit bei der Suche nach Investitionsmitteln, die der russische Staatshaushalt für das Gebiet kaum bereitstellt, sind gemeinsame russisch-ausländische Überlegungen über die Zukunft des Gebiets in Zusammenarbeit mit der Gebietsadministration von Nutzen.

Seit drei Jahren, seitdem Litauen 1991 ein selbständiger Staat wurde, ist das Gebiet Kaliningrad in räumlicher Hinsicht eine Exklave der Russischen Föderation (RF) ohne direkte Landverbindung zu Rußland. Die Verkehrsverbindung ist jetzt länger und teurer, und es haben sich erhebliche Grenz- und Zollformalitäten ergeben.

Gleichzeitig ist die Verkehrskommunikation mit den westlichen Ländern einfacher und intensiver als früher. Im Jahre 1991 wurde das Gebiet zur freien Wirtschaftszone erklärt. Die Einschätzung der geographischen Lage hat sich so verändert, als habe sich das Territorium nun weiter nach Westen verlagert. Im geopolitischen Sinne aber ist das Gebiet vom Westen weiter entfernt als Litauen oder andere baltische Länder. Deshalb gibt es eine gewisse Isolation des Kaliningrader Gebiets, eine Isolation einerseits von Rußland und andererseits von (West)Europa.

Die Meinungen russischer und ausländischer Experten über die Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung des Gebiets gehen auseinander, es ist jedoch klar, daß die bisherige Struktur der regionalen

Wirtschaft nicht mehr rational ist. Es ist auch notwendig, die Gebietsverwaltung entsprechend den neuen Bedingungen zu reorganisieren. Das Gebiet benötigt also finanzielle Mittel, zusätzliche Verwaltungsbefugnisse und Rechtssicherung als freie Wirtschaftszone. Und dies braucht Zeit, während die Verschlechterung der ökonomischen Situation sehr schnell vonstatten geht.

Dramatische Wirtschaftsdaten

Die derzeitige Wirtschaftslage ist wie auch in Rußland insgesamt nicht zufriedenstellend. Alle ökonomischen und sozialen Daten begannen 1989/1990 zu sinken. Dieser Abwärtstrend war in der Industrie zunächst langsamer als in Rußland als Ganzes: Die Produktion des Jahres 1993 betrug - im Vergleich zu 1990 - 65,5%, in der RF waren es 61%. Dagegen war der Produktionsrückgang 1994 extrem hoch. Von Januar bis September 1994 machte die Industrieproduktion nur 64% gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres aus.

Der Produktionsrückgang verläuft 1994 schneller als im russischen Durchschnitt. Dies ist im wesentlichen auf die anhaltende Beeinträchtigung des Transfers in die anderen Regionen Rußlands zurückzuführen; die Isolierung des Kaliningrader Gebiets vom Binnenmarkt nimmt also zu. Industrieerzeugnisse und Lebensmittel werden von ausländischen Produkten verdrängt. Dazu tragen die Bestimmungen für die Freihandelszone ebenso wie die Zollfreiheit für die meisten ausländischen Waren bei. Im Zeitraum Januar bis September 1994 steigerte sich der Warenexport um das Anderthalbfache, während der Import um das Fünffache zunahm. Früher lagen die Exporte über den Importen, inzwischen sind Ex- und Import ausgeglichen.

Die Industrieproduktion beträgt nur noch 40% jener des Jahres 1989. Besonders stark ging die Produktion im Maschinenbau zurück. Allein von Januar bis September 1994 reduzierte sie sich auf ein Viertel der Vorjahresproduktion im selben Zeitraum. In der Leichtindustrie sowie in der Mehl-, Gerste- und Futtermittelherzeugung ist eine Reduzierung auf ein Drittel, in der Herstellung von Baumaterialien ein Rückgang um das Zweieinhalbfache und in der Holzverarbeitenden und Zellstoffindustrie eine Verringerung auf die Hälfte zu verzeichnen. Weniger ausgeprägt war der Produktionsrückgang im Brennstoff-Energie-Komplex (9%) und in der Nahrungsmittelindustrie (15%), aber auch diese Zahlen sind beeindruckend genug. Von den 63 wichtigsten Industrieerzeugnissen, die in der Region hergestellt werden, gab es nur fünf, deren Produktion angewachsen ist, wie z.B. Sauerstoff, Acetylen, Wurstwaren, während sie bei den übrigen 58 Produkten abnahm.

Auch in der Landwirtschaft ist ein Rückgang zu verzeichnen. Seit 1992 ist die Lage im Agrarbereich schlechter als in der RF. Die Milchproduktion ging in den letzten vier Jahren um mehr als die Hälfte zurück. Auch die Fleischerzeugung verringerte sich erheblich. Nur die fabrikmäßige Eierproduktion blieb relativ stabil.

Hinzu kommt noch die hohe Arbeitslosigkeit, die demnächst zu erwarten ist, wobei der Migrationszuwachs 15.000 bis 20.000 Menschen pro Jahr beträgt.

Im allgemeinen kann festgestellt werden, daß die Situation in der Wirtschaft kritisch ist: Es muß nicht nur die richtige Strategie, sondern auch eine flexible Taktik für die regionale Entwicklung gewählt werden.

Die Strategie der Gebietsverwaltung und andere Überlegungen

Die Strategie der Gebietsverwaltung hat sich in den Jahren 1990 bis 1994 im Bereich der regionalen Entwicklung mindestens dreimal geändert. Zunächst wurde die Konzeption der ökonomischen Selbständigkeit des Gebiets gewählt. Es wurde allerdings schnell klar, daß die eigenen regionalen Ressourcen nicht ausreichen, um dieses Ziel zu erreichen.

Das zweite Konzept war das einer freien Wirtschaftszone, die im Jahre 1991 deklariert wurde. Es handelte sich um den Versuch, ausländische Investitionen anzulocken, allerdings ist ihr Zufluß bescheiden.

Die dritte, seit Anfang 1993 verfolgte Richtung besteht darin, daß sich das Gebiet um föderale Investitionen und Subventionen bemüht. Die wirtschaftliche Situation der RF ist jedoch so schwierig, daß das Gebiet diese Mittel wohl nicht erhalten wird. Bisher gibt es drei Beschlüsse über das Gebiet Kaliningrad: vom 20. April 1990, vom 12. August 1992 und vom 7. Dezember 1993; ein weiterer ist in Vorbereitung.

Gegenwärtig unternimmt die Gebietsadministration den Versuch, föderale Subventionen mit der Konzeption der freien Wirtschaftszone "Jantar" sowie Elementen der ökonomischen Selbständigkeit zu verknüpfen. Dies scheint derzeit die beste Variante der wirtschaftlichen Entwicklung zu sein.

Es gibt aber auch andere Vorschläge. In diesem Zusammenhang muß der Standpunkt des stellvertretenden Ministerpräsidenten Schachraj erwähnt werden. Er verteidigt konsequent die Priorität der militärisch-strategischen Interessen Rußlands in dieser Region.¹ Seine Thesen sind nur als Antwort auf den äußeren Druck, als Versuch, die russische Souveränität auf diesem Territorium zu unterstreichen, zu interpretieren.

Für den politischen Druck auf Rußland kann folgendes Beispiel angeführt werden. Am 13. November 1994 verabschiedete die Baltische Versammlung in Vilnius eine Resolution über das Gebiet Kaliningrad, in der von der Notwendigkeit einer Entmilitarisierung des Gebiets die Rede ist. Die Parlamentarier der baltischen Länder schlagen vor, einen "Runden Tisch" über strategische Fragen der Entwicklung des Gebiets einzuberufen. Sie fordern die Wiedereinführung der alten geographischen Bezeichnungen im Gebiet.

Russische Behörden sowie die Kaliningrader Gebietsduma legten dagegen natürlich Protest ein. Obwohl die Baltische Versammlung kein Machtorgan ist, trifft ihre Resolution Rußland doch sehr empfindlich.

Fragen der Sicherheit

Die Frage der regionalen militärischen Sicherheit wurde als ein Aspekt im Rahmen einer Studie über das Kaliningrader Gebiet behandelt, die von Wissenschaftlern aus Rußland (Kaliningrad), Litauen, Polen und Deutschland auf Initiative des polnischen Instytut Zachodni und des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien erstellt wurde.² Auf der Grundlage der Forschungsergebnisse wurde dann auf einer Konferenz im Instytut Zachodni in Posen am 22.-23. April 1993 ein Memorandum verabschiedet, in dem in Punkt 4 die Notwendigkeit eines gemeinsamen Sicherheitsgefühls in der gesamten Ostseeregion betont wird, das durch eine Zusammenarbeit der Staaten erreicht werden kann. Dies bedeutet: keine Druckausübung auf Rußland, da es Konfrontation hieße, sondern Zusammenarbeit, Achtung der gegenseitigen Interessen und gemeinsame Gewährleistung der Sicherheit.

Nach Jurij Matotschkin, Chef der Gebietsverwaltung, ist es möglich, die ökonomischen Interessen mit den verteidigungspolitischen in Einklang zu bringen. Der Zustrom ausländischen Kapitals muß nicht unbedingt dazu führen, daß das Gebiet germanisiert, von Rußland abgetrennt, eine vierte baltische Republik gegründet wird u.ä., was Schachraj als mögliche Folgen ausländischer Investitionen aufführt.

Alles hängt davon ab, ob die Regierung und die Gebietsverwaltung imstande sind, die ausländischen Investitionen in richtige Bahnen zu lenken und mit Beteiligung einheimischer Investoren eine eigene ökonomische Basis zu schaffen. Bislang haben freie Wirtschaftszonen noch nicht zur Entstehung unabhängiger Staaten geführt.

Suche nach neuen Mitteln

Jurij Matotschkin sucht jetzt auch nach finanziellen Mitteln innerhalb der Region. Er machte folgende Angaben: Das Kaliningrader Gebiet hätte im Jahre 1994 176 Mrd. Rubel aus dem föderalen Budget erhalten sollen, es bekam jedoch nur 46 Mrd. Rubel. Für 1995 werden 398 Mrd. Rubel benötigt, das Zentrum sagte lediglich 102 Mrd. Rubel zu. Es bestehen allerdings andere Möglichkeiten, das erforderliche Geld zu beschaffen. Das Gebiet liegt nämlich, was die Bankguthaben pro Kopf der Bevölkerung betrifft, an fünfter Stelle in Rußland.³

Viele Bürger besitzen Geld, aber sie verwenden es nicht für Investitionen. Sie versuchen, großen Profit zu machen, und legen ihr Geld bei Pseudoinvestitions-gesellschaften wie "MMM", "Tibet", "Russkij Dom Selenga" usw. an, die enorme Dividenden versprechen. 57 solcher Investitionsfonds haben bereits ihre Aktivitäten eingestellt. Vor kurzem hat beispielsweise das Unternehmen "Zero" viele Hunderte Kaliningrader Anleger betrogen, die auf das Konto dieser Gesellschaft mindestens 5 Mio. US-Dollar

¹ Vgl. S. Sachraj, Kaliningrad - Königsberg - Krulevec, in: Nezasivimaja gazeta, 26.7.1994 und des, Kaliningradskij rakurs rossijskoj politiki, in: Nezasivimaja gazeta, 26.10.1994.

² Die Zukunft des Gebiets Kaliningrad (Königsberg): Ergebnisse einer internationalen Studiengruppe. Sonderveröffentlichung des BIOst, Juli 1993.

³ Kaliningradskaja pravda, 15.11.1994.

überwiesen hatten. Zum Vergleich: Alle in die Wirtschaft des Kaliningrader Gebiets geflossenen ausländischen Investitionen machen zusammen nur 2 Mio. US-Dollar aus.

Die Bevölkerung hat Geldmittel zur Verfügung - sie müssen nur akkumuliert werden. Für dieses Ziel sind drei taktische Mittel erforderlich:

- Gründung einer staatlichen Investitionsgesellschaft;
- Errichtung eines regionalen Fondszentrums;
- Schaffung eines für die Einlagen haftenden Bankensystems.

Wenn es gelingt, eigenes Geld zu akkumulieren, werden gewiß auch bald ausländische Investoren ins Gebiet kommen.

Außerdem wäre es notwendig, Strategie und Taktik der Gebietsverwaltung stärker wissenschaftlich zu untermauern. Es wäre von Nutzen, einige gemeinsame russisch-ausländische Untersuchungen anzuregen. Dann könnte den unterschiedlichen Erfahrungen und Interessen in dem Kaliningrader Gebiet besser Rechnung getragen werden.

Gennadij Fjodorow

Der Autor ist Rektor der Universität Kaliningrad.

Redaktion: Dieter Bingen